

Für ein Europa der Arbeitnehmer

EWG-Gewerkschaften wollen beim Aufbau mitbestimmen

Sehr aufmerksam und nicht ohne Sorge beobachten die Gewerkschaftsorganisationen der EWG-Länder die weitere Entwicklung der europäischen Einigung. Auf scharfe Ablehnung seitens der Arbeitnehmervertreter stoßen dabei die Bestrebungen, bei der bevorstehenden Fusion der drei Gemeinschaften — Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und Euratom — die Mitarbeit der Gewerkschaftsorganisationen in den neuen Spitzengremien zu verhindern. Auf einem Kolloquium in Menton/Südfrankreich, zu dem die Hohe Behörde der EGKS etwa einhundert Vertreter der EWG-Gewerkschaften eingeladen hatte, fanden die diesbezügliche Skepsis und die Besorgnisse beredten Ausdruck und lebhaften Widerhall. Allerdings zeigte sich in Menton auch, daß maßgebliche Mitglieder der Hohen Behörde der EGKS den meisten Forderungen der europäischen Gewerkschaftsorganisationen aufgeschlossen gegenüberstehen und gewillt sind, ihren Einfluß geltend zu machen, damit sie erfüllt werden. Das enthebt die Gewerkschaften selbstverständlich nicht der Pflicht, selbst alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit sie einen ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß auf den Aufbau eines einigen und sozialen Europas nehmen können.

I

Der Präsident der Hohen Behörde der EGKS, *Dino del Bo*, versicherte in seinem Tätigkeitsbericht vor dem Kolloquium, die Hohe Behörde werde bei der bevorstehenden Zusammenlegung der drei Gemeinschaften auch die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen. Europa könne nur bestehen, wenn der Arbeitnehmerschaft weiterhin das

Recht eingeräumt werde, an den Entscheidungen in Europa teilzunehmen. Auf den technischen Fortschritt und seine möglichen Konsequenzen eingehend, hob der Präsident hervor, daß die absolute Gleichberechtigung der Arbeiterklasse dazugehöre; sie sei berufen, grundlegende Verantwortung zu übernehmen. Die Gewerkschaften nannte er diejenige Institution, durch die Arbeitnehmer ihre konkreten politischen Entscheidungen treffen. „Wir müssen anerkennen“, sagte del Bo, „daß die Gewerkschaften eine eigenständige Politik zu betreiben fähig sind.“ Es sei dabei ihre Aufgabe, für eine Politik der ausgleichenden Gerechtigkeit zu sorgen. Im übrigen unterstrich der Präsident der Hohen Behörde, daß die Arbeit innerhalb der EGKS besonders deshalb so erfolgreich war, weil die Gewerkschaftsorganisationen durch ihre Vertreter daran beteiligt waren. So hätten die Arbeitnehmer viele ihrer Forderungen in der EGKS durchsetzen können, und sie würden weiterhin noch bedeutende Erfolge durchzusetzen haben.

Für den Beratenden Ausschuß bei der Hohen Behörde, der sich paritätisch aus Vertretern der Erzeuger, der Arbeitnehmer sowie der Verbraucher und Händler zusammensetzt, forderte dessen Präsident *Cavazzuti* für den neuen Gemeinschaftsvertrag, der nach der Verschmelzung der Exekutiven zu gelten hat, daß beibehalten werden soll: die im EGKS-Vertrag vorgeschriebenen sozialen Harmonisierungsmaßnahmen, paritätisch zusammengesetzte Konsultationsgremien und die sozialorientierten Bestimmungen. Die von den Arbeitnehmern im Montanbereich erreichten Rechte dürften nicht abgebaut werden. *Cavazzuti* bezeichnete das Kolloquium von Menton — das ein Ergebnis der Solidarität sei — als einen großen Tag in der Geschichte Europas und in der Geschichte der Gewerkschaftsorganisationen.

II

Der Präsident der Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitik und industrielle Umstellung“, *Roger Reynaud*, gab in seinem Tätigkeitsbericht ein eindrucksvolles Bild der Schwierigkeiten, mit denen die Hohe Behörde in den dreizehn Jahren ihres Bestehens zu kämpfen hatte. Gerade in den Bereichen Kohle und Stahl kam es zu so schwerwiegenden Umstrukturierungen, daß die traditionellen Methoden der Gemeinschaft geändert bzw. erweitert werden mußten. *Reynaud* betonte insbesondere die Notwendigkeit von Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, die sich immer wieder ergeben habe und große Investitionen erforderte. Besonders schwerwiegende soziale Probleme hätten sich in den Gebieten ergeben, sagte *Reynaud*, in denen nur *eine* Industrie angesiedelt sei, vor allem in den Revieren des Steinkohlenbergbaus. Dort gebe es keine Ausweichindustrien für freigesetzte Arbeitskräfte. Die Hohe Behörde erarbeite deshalb Vorstudien, betreibe Forschungsvorhaben und finanziere neue Unternehmen, um diese Umstellungsgebiete zu sanieren. Die großzügige Investitionspolitik, die für alle diese Vorhaben notwendig sei, hob *Reynaud* hervor, erfordere sowohl kurzfristige als auch besonders langfristige hinweisende Programmierung.

III

Größtes Interesse und viel Beifall fand bei den Teilnehmern des Gewerkschaftskolloquiums von Menton der Tätigkeitsbericht von *Jean Fohrmann*, Präsident der Arbeitsgruppe „Soziale Fragen“. *Fohrmann* ging in seinem Referat aus von den zwei Hauptzielen, die von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften angestrebt werden: Sicherheit und Fortschritt. Er erläuterte:

„Sicherheit in dem Sinne, daß dem Arbeitnehmer unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf die Wechselfälle der Konjunktur, eine Beschäftigung erhalten bleiben muß, die ihm und seiner

Familie einen angemessenen Lebensstandard garantiert. Diese Grundforderung geht jedodi Hand in Hand mit einem stetigen und natürlichen Streben nach sozialem Fortschritt, das heißt nach einer ständigen Verbesserung der Lebensbedingungen, die dem Arbeitnehmer den ihm gebührenden Platz in der modernen Gesellschaft sichert."

Konjunkturwechsel, technische Veränderungen und strukturelle Krisen, die gerade für den Bereich der Montanindustrie zur Zeit kennzeichnend sind, hätten für den Arbeitnehmer oft den plötzlichen Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge. Von Ende 1957 bis Ende 1965 habe der Kohlenbergbau der Gemeinschaft etwa ein Drittel und der Eisenbergbau die Hälfte seiner Belegschaft verloren: Fohrmann sagte, daß die Hohe Behörde gemeinsam mit den Regierungen ein umfassendes System von Anpassungsbeihilfen ausgearbeitet habe, um den betroffenen Arbeitnehmern möglichst rasch zu einem neuen Arbeitsplatz zu verhelfen. Im einzelnen handele es sich dabei um Wiederbeschäftigungs- und Umschulungsbeihilfen, Erstattung von Umzugs- und Reisekosten und um ähnliche Vergünstigungen. Von März 1954 bis Dezember 1965 seien für diese Maßnahmen 65 Millionen Dollar für etwa 218 000 Arbeitnehmer bereitgestellt worden.

Auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze habe die EGKS bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt. Sie hätten von 1960 bis Ende 1965 rund 31 Millionen Dollar betragen, die dazu dienten, 10 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Förderung einer zukunftsorientierten Berufsausbildung werde ebenfalls von der Hohen Behörde mitfinanziert. Dabei gewähre man nicht nur Darlehen für den Bau verschiedener Ausbildungsstätten, sondern erarbeite auch Musterlehrgänge, veranstalte Studientagungen und helfe mit, neue Lehrmethoden zu entwickeln. Fohrmann maß dabei der programmierten Unterweisung besondere Bedeutung bei.

Abschließend nannte Fohrmann die Grundsätze, auf die man seiner Meinung nach bei der Ausarbeitung des Einheitsvertrages für die fusionierte Gemeinschaft nicht verzichten dürfe. Danach müßten u. a. der Einheitsexekutive eingeräumt werden:

„Die nötige Handlungsfreiheit und Eingriffsmöglichkeiten; das Recht und die Pflicht zur unmittelbaren Information und Konsultation aller Beteiligten; Gleichstellung der sozialen Ziele mit den wirtschaftlichen Zielen des gemeinsamen Marktes in seinem endgültigen Stadium." Für die zukünftige Sozialordnung Europas komme es allerdings nicht nur auf den Vertragstext an, sondern auch auf die Methoden seiner Anwendung. Fohrmann befürwortete in diesem Zusammenhang, daß die Einheitsexekutive in engem Kontakt mit den Trägern des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zusammenarbeiten müsse, und daß die unmittelbar Betroffenen an der Vorbereitung der von den Gemeinschaftsorganen zu fassenden Beschlüsse beteiligt werden sollten. Fohrmann schloß: „Die Montanunion hat im Laufe ihrer Tätigkeit die ersten Schritte zu einem Europa der Arbeit ermöglicht. Jetzt gilt es, das Erreichte nutzbringend zu verwerten und in einem weiteren Abschnitt der Entwicklung die Grundlagen für ein soziales Europa auszubauen und zu festigen."

IV

Den Tätigkeitsberichten der Mitglieder der Hohen Behörde folgten sehr kritische und lebhaft vorgetragene Diskussionsbeiträge, bei denen die Teilnehmer aus den europäischen Gewerkschaftsorganisationen kein Blatt vor den Mund nahmen. Einen detaillierten Überblick über die gewerkschaftlichen Vorstellungen gab dabei der Delegierte der IG Metall, *W. Henne*. Gerade auf sozialem Gebiet, meinte er, habe die Hohe Behörde über den Buchstaben des Gesetzes hinaus Erfauliches geleistet. Im übrigen aber reiche der EGKS-Vertrag in seiner augenblicklichen Fassung nicht mehr aus, den heutigen Gegebenheiten gerecht zu werden.

Im Rahmen der „allgemeinen Ziele“ beispielsweise sei es erforderlich, noch detailliertere Analysen zu erarbeiten. Eine bloße Orientierungshilfe genüge hier nicht. Vorgesehen werden müßte auch eine stärkere Einflußnahme auf die Investitionen; das habe auf längere Sicht zu geschehen und unter Berücksichtigung der sozialen Auswirkungen auf die Beschäftigten. Henne forderte darüber hinaus verstärkte Einwirkungsmöglichkeiten auf die Konjunktur- und Handelspolitik sowie eine Aktivierung der gemeinsamen Energiepolitik.

Um den weltweiten Wettbewerb bestehen zu können, müsse die Forschung erheblich gefördert werden, damit man auch in Europa die neuesten technischen Ergebnisse zur Verfügung habe. Sehr entschieden sprach sich Henne auch dafür aus, die Forschungsvorhaben der EGKS auf den Gebieten der Arbeitssicherheit, der Arbeitshygiene und der Arbeitsmedizin sowie die Förderungsmaßnahmen bei der Berufsausbildung und beim Wohnungsbau nicht nur beizubehalten, sondern noch erheblich auszubauen. Die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in der Gemeinschaft müsse vorangetrieben werden, sie stecke noch in den Kinderschuhen, beschränke sich auf bloße Bestandsaufnahmen.

Sehr deutlich machte Henne, daß die Gewerkschaften in den Organen der neuen Gemeinschaft gebührend vertreten sein müssen. „Das ist eine unserer Hauptforderungen“, betonte er. Die Gewerkschaften müßten sich allerdings fragen, ob sie bislang alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt hätten. Es sei jetzt notwendig, eigene Vorstellungen zu entwickeln, damit die gesetzten Ziele klarwerden und erreicht werden können. Der Adressat für die gewerkschaftlichen Forderungen könne hier nur die zuständige politische Instanz sein. Dabei gelte es, eine deutliche Sprache zu sprechen: „Europa kann nur zustande kommen, wenn die Arbeitnehmer ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt werden.“

V

Am letzten Tage des Kolloquiums von Menton faßten die Gewerkschaftsvertreter ihre Vorstellungen über den weiteren sozialen Aufbau eines vereinten Europa zusammen. Drei Punkte wurden dabei besonders herausgestellt:

1. *Soziale Sicherheit für alle Arbeitnehmer;*
2. *Verbesserung des Lebensstandards;*
3. *Mitwirkung bei der Ausarbeitung dieser Politik.*

Die Gewerkschafter der EWG-Länder forderten in Menton sehr entschieden, von Anfang an bei der Ausarbeitung entsprechender Wirtschaftsprogramme mitzuwirken. Es müßten dann allerdings auch Instrumente zur Beeinflussung der Wirtschaftspolitik zur Verfügung stehen; geradeso, wie es bei der EGKS der Fall sei.

Jean Fohrmann meinte dazu: „Wenn die Gewerkschaftsbewegung alle ihre Mittel einsetzen wird, dann wird ein Gewerkschaftsvertreter mindestens in die Exekutive kommen, die nach der Vierzehnerkommission gebildet wird.“ Und Reynaud betonte, daß es Sache der Gewerkschaftsvertreter sein werde, daß Widersprüche nicht zur Ohnmacht führen.

Die Frage, die ein Gewerkschafter in Menton stellte, ob nämlich ein Europa der Technokraten, ein Europa der Unternehmer oder ein Europa der Arbeitnehmer geschaffen werde, beantwortete er selbst und durchaus realistisch: „Ein Europa der Arbeitnehmer erfordert Initiativen der Gewerkschaftsorganisationen.“ Wenn diese Initiativen nun erfolgen, dann wird sich bewahrheiten, was Cavazzuti zu Beginn der Tagung sagte: daß das Kolloquium von Menton ein großer Tag in der Geschichte Europas und ein großer Tag in der Geschichte der Gewerkschaftsorganisationen gewesen ist.